

Themen des Tages

AUSSENANSICHT; Wirtschaft macht Außenpolitik; Deutsche Firmen haben international oft mehr Einfluss als die Bundesregierung. Der Politik muss es darum gehen, diese Aktivitäten zu lenken Von Volker Perthes

Von **Volker Perthes**

2 Januar 2013

2

Außenpolitisches Handeln ist schon lange nicht mehr allein die Aufgabe der Außenministerien. Staats- und Regierungschefs verhandeln bei Gipfeltreffen direkt miteinander, immer mehr Ministerien sind selbst international tätig. Die Außenbeziehungen eines Landes reichen aber weit über das Regierungshandeln hinaus und werden zu einer Aufgabe, die alle Teile der Gesellschaft betrifft. Die Wirtschaft spielt hier eine besondere Rolle – oder sollte sie spielen.

Niemand muss heute noch erklären, dass Wirtschaft, Arbeitsplätze und Gemeinwohl in Deutschland betroffen sind, wenn es bei anderen EU-Mitgliedern kriselt, Partnerländer sich von Europa abwenden, China eine aggressive Industriepolitik verfolgt, wenn der Respekt für internationale Verträge nachlässt, Kriege ausbrechen oder Staaten zerfallen.

Deutsche Unternehmen haben solchen Entwicklungen oft nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Sie werden sich aber zunehmend bewusst, dass sie der internationalen Politik ein größeres Interesse entgegenbringen müssen. Nicht immer ist den Akteuren aus der Wirtschaft klar, dass sie das außenpolitische Umfeld in vielen Fällen stärker mitprägen als mancher Staat. Das liegt wesentlich, aber nicht nur an den Summen, die die Wirtschaft bewegen kann.

So können Direktinvestitionen deutscher Unternehmen Arbeitsplätze schaffen und manchmal mehr zum Gelingen demokratischer Transformationen beitragen als manches staatliche Programm der Demokratiehilfe. Ausländische Investoren können Standards setzen bei der Berufsbildung, bei Arbeits- und Umweltschutz oder bei Fragen der Transparenz und Unternehmensverantwortlichkeit. Ein von deutschen Konzernen befördertes Projekt wie Desertec zur Produktion von „Wüstenstrom“ in Nordafrika ist potenziell in der Lage, die bislang recht einseitig auf den Import von Öl und Gas ausgerichteten energiepolitischen Beziehungen zwischen Europa und den arabischen Staaten in eine echte Form der Energiepartnerschaft zu verwandeln.

Natürlich kann verantwortungsloses oder unkluges unternehmerisches Verhalten auch ähnlichen Schaden anrichten wie schlechte Diplomatie. Grundsätzlich aber gilt, dass die „sanfte Macht“ eines Staates wie Deutschland auf drei Faktoren beruht: seinem freiheitlichen, demokratischen politischen System, seiner wirtschaftlichen Stärke und Kompetenz sowie seiner Wissenschaft und Kultur. Diese Faktoren sind elementar voneinander abhängig.

In den USA, wo die Diskussion über den eigenen internationalen Einfluss sehr viel selbstbewusster geführt wird, hat die scheidende Außenministerin Hillary Clinton für eine „wirtschaftliche Staatskunst“ (economic statecraft) geworben: Das Ökonomische, so Hillary Clinton, sei strategisch; internationale Sicherheit werde „in Vorstandetagen und auf

Börsenparketts wie auch auf Schlachtfeldern geschaffen“, die Politik müsse die Wirtschaft in den Dienst stellen, um „unsere Diplomatie und Präsenz im Ausland zu stärken“.

Nun werden sich in Deutschland Unternehmen nicht einfach vor den Karren der Politik spannen lassen, und Diplomatie kann nicht allein als Wegbereiter wirtschaftlicher Interessen wirken. Zielkonflikte zwischen der Realisierung kurzfristiger wirtschaftlicher Chancen und politischen Gestaltungsinteressen gehören zum Alltag eines pluralistischen, demokratischen Staates. Es kann nicht darum gehen, die Aktivitäten von Politik und Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen oder Wissenschaft und Forschung auf eine Linie zu zwingen. Aber es ist schon sinnvoll, wenn die verschiedenen Akteure, die die Außenbeziehungen des Landes beeinflussen, sich gemeinsam Gedanken über Ziele im internationalen Raum und darüber machen, wie solche Ziele auch besser und effektiver erreicht werden können.

Am besten kann ein solch rationaler Diskurs über das Notwendige und Machbare in der internationalen Politik – hier spricht der Autor zugegebenermaßen auch aus eigenem institutionellen Interesse – unter Vermittlung und mit den Inputs praxisorientierter wissenschaftlicher Denkfabriken stattfinden. Es geht dabei um strategische Orientierung, aber eben auch um die bestmögliche Kombination und Koordination von Fähigkeiten und Ressourcen zur Bearbeitung von Problemlagen in der Nachbarschaft.

Entspricht es deutschem und europäischem Interesse, China zu bitten, sich an der Finanzierung von Stabilisierungsinstrumenten für die Euro-Zone zu beteiligen? Wie soll Europa sich in einer Welt aufstellen, in der die USA das Interesse am alten Kontinent verlieren und sich zunehmend dem pazifischen Raum zuwenden? Welche Beiträge kann Europa leisten, um beispielsweise die Transformationsprozesse in der arabischen Welt zu unterstützen? Und wie können Unternehmen und andere nicht-staatliche Akteure solche gemeinsam identifizierte Ziele unterstützen?

Deutsche Politik kann hier im internationalen Rahmen bestenfalls mitgestalten. Jedes dieser Themen betrifft Politik und Wirtschaft, hat Auswirkungen auf Sicherheit und Wohlfahrt der Bürger, möglicherweise auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, zweifellos aber auf das Ansehen Deutschlands und Europas in der Welt und die Durchsetzung liberaler und demokratischer Grundwerte in einer nach wie vor auch durch Wertekonkurrenzen bestimmten globalisierten Welt. Gerade weil von Deutschland hier internationale Mitführung erwartet wird, gilt es, gemeinsame Strategien nicht nur mit europäischen und internationalen Partnern abzustimmen, sondern auch im eigenen Land kluge Synergien zu schaffen und grenzüberschreitende Netzwerke zu nutzen.

Dies wird nicht von selbst geschehen. Deshalb kommt hier dem Außenministerium wieder eine Leitfunktion zu, die den Verlust an alleiniger Zuständigkeit in der klassischen Außenpolitik mehr als nur kompensiert. Dank seiner inneren und internationalen Vernetzung und eines erfahrenen diplomatischen Dienstes ist es am ehesten in der Lage, Fachministerien und Agenturen, aber auch Unternehmen, Verbände, Universitäten und NGOs dazu anzuleiten, deren Kompetenz, Ressourcen und Instrumente wirksam miteinander zu verknüpfen. Das wäre mehr als die bekannte Außenwirtschaftsförderung, die genauso Teil des außenpolitischen Aufgabenfelds bleibt wie etwa die auswärtige Kulturpolitik. Es wäre vielmehr ein zeitgemäßer Versuch, die Wirksamkeit staatlichen und nicht-staatlichen Handelns im internationalen Umfeld zu steigern und damit aktiv und interessengeleitet zur Gestaltung der Globalisierung beizutragen.